

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion der CDU „Kampfmittelbeseitigungskonzept für das Land Brandenburg“ (DS 5/1470)

Kampfmittelbeseitigung in Oranienburg bleibt Schwerpunktaufgabe

Das Gebiet des Landes Brandenburg weist nach wie vor den höchsten Anteil an kampfmittelbelasteten Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland auf. Hunderte von Tonnen Kampfmittel müssen auch künftig jährlich vom Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) des Landes vernichtet werden, bis die Hinterlassenschaft der alliierten Bombardements etwa der Städte Brandenburg, Cottbus, Oranienburg, Potsdam oder Schwarzheide/Ruhland und der schweren deutsch-sowjetischen Bodenkämpfe des II. Weltkriegs in den heutigen Landkreisen Märkisch-Oderland, Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Teltow-Fläming beseitigt sind.

Allein für das Gebiet der Stadt Oranienburg ist davon auszugehen, dass hunderte Großbomben mit nicht gezündeten chemischen Langzeitzündern im Boden liegen. Seit 1991 wurden vom Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes mehr als 11.000 Tonnen Kampfmittel geborgen und vernichtet, darunter 14.500 Sprengbomben. Seit 1996 wurden hierfür rund 150 Mio. EURO eingesetzt, davon rund 55 Mio. EURO auf dem Gebiet der Stadt Oranienburg.

Auch im laufenden Jahr sind für den Kampfmittelbeseitigungsdienst selbst rund 4 Mio. EURO veranschlagt sowie für die Erkundungs- und Beräumungsmaßnahmen weitere rd. 6,5 Mio. EURO, die durch Mittel aus Rücklagen auf rd. 9 Mio. EURO aufgestockt werden.

1. Auf Jahre hinweg ist es unverzichtbar, die Leistungsfähigkeit und Erfahrung des landeseigenen Kampfmittelbeseitigungsdienstes zu erhalten und entsprechende Haushaltsmittel für akute Räumungsmaßnahmen, aber auch zur mit den Ordnungsbehörden abgestimmten planmäßigen Gefahrenbeseitigung einzusetzen. Angesichts der besonderen Belastung der Stadt Oranienburg müssen dort auch künftig die Landesmaßnahmen konzentriert werden, um der Stadt die notwendige Planungssicherheit zu geben.

2. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass der Bund eine Verantwortung bei der Beseitigung der Kriegsfolgeschäden hat. Der Landtag sieht den Bund in der Verantwortung das Land bei der Suche und Zerstörung der Bomben zu unterstützen.

Für die SPD- Fraktion

Für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Dietmar Woidke

Kerstin Kaiser

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzende